

## **Ukraine**

Diese Plenarwoche wurde überschattet von dem russischen Angriff auf die Ukraine. Er markiert einen furchtbaren Tag für die Menschen der Ukraine und einen dunklen Tag für die europäische Demokratie. Putins Aggression ist ein krasser Bruch des Völkerrechts, der absolut nicht zu rechtfertigen ist. Meine volle Solidarität gilt jetzt den Menschen in der Ukraine. Russland muss seine rücksichtslose Militäraktion sofort einstellen! Um gemeinsam ein Zeichen zu setzen, hat der Generalkonsul der Ukraine zum Ende dieser Plenarwoche im hessischen Landtag gesprochen und anschließend mit dem Landtagspräsidenten, den Fraktionsvorsitzenden und dem Ministerpräsidenten ein Gespräch geführt.

## **Mietspiegel**

In dieser Plenarwoche hat der hessische Landtag sich aber auch mit anderen Themen beschäftigt. Mit dem Mietspiegel, der die ortsübliche Vergleichsmiete angibt, zum Beispiel. Bisher standen Gemeinden nicht in der Pflicht, einen solchen Mietspiegel zu erstellen, gerade die sehr großen Gemeinden haben dies aber bereits getan. Nun müssen alle Gemeinden mit über 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern einen Mietspiegel erstellen. Die SPD wünscht sich mehr qualifizierte Mietspiegel und befürwortet deren Förderung durch das Land mit einer Übernahme von 70 Prozent der Kosten. Eine wichtige Voraussetzung, dass auch aus Mietspiegeln keine Erhöhungsspiegel werden ist aber, dass der Betrachtungsraum verlängert wird. Er soll auf 7 Jahre steigen. Das Thema Wohnungsbau und der Wohnraum bleibt weiter eine Großbaustelle. Zwischen Bedarf und Realität klafft nach wie vor im Miet- und Wohnungsbau eine große Lücke. Daher muss der Markt an Bestandswohnungen mit Instrumenten wie der Mietpreislöscher reguliert werden. Dafür brauchen wir Mietspiegel zur rechtsstaatlichen Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete. Neben der Kaltmiete erwächst auch aus den Nebenkosten, der sogenannten Zweitmiete, ein großes Problem, denn aktuell gehen die Energiekosten, wir wissen es, durch die Decke. Aber die Landesregierung sieht hier im Gegensatz zum Bund keinen Handlungsbedarf und der Antrag der SPD-Landtagsfraktion auf einen Energiekostenzuschlag beim Wohngeld wurde abgelehnt.

## **Bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhausinvestitionen**

Außerdem wurde in dieser Plenarwoche auch noch ein SPD-Antrag zur Sicherstellung der bedarfsgerechten Finanzierung von Krankenhausinvestitionen debattiert. Das Land Hessen hat in den letzten 20 Jahren zu wenig für die Finanzierung der Investitionen in den Krankenhäusern getan. Daher mussten Krankenhäuser ihre Investitionen teilweise aus den Erlösen von Fallpauschalen decken. Das führte natürlich zu verschuldeten Kliniken, fehlendem Personal und einem Anstieg an unnötigen Operationen. So kann es nicht weitergehen, gerade nach der Pandemie. Es ist wichtig und die Pflicht der Landesregierung, die bedarfsgerechte Versorgung der hessischen Bevölkerung zu gewährleisten! Deshalb fordert die SPD-Fraktion, Investitionen für die Krankenhäuser vollständig aus Landesmitteln zu erstatten und Kreise und kreisfreie Städte bei der Finanzierung ihrer Krankenhäuser zu entlasten.